

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/264684920>

Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten (City Stra....

Article in *Geographische Zeitschrift* · January 2013

CITATIONS

48

READS

776

2 authors:



Robert Pütz

Goethe-Universität Frankfurt am Main

62 PUBLICATIONS 611 CITATIONS

[SEE PROFILE](#)



Mathias Rodatz

Goethe-Universität Frankfurt am Main

15 PUBLICATIONS 265 CITATIONS

[SEE PROFILE](#)

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:



Animal Geographies [View project](#)



Innerstädtische Restrukturierungsprozesse [View project](#)

Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus

Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten

ROBERT PÜTZ und MATHIAS RODATZ, Frankfurt am Main

Integrationspolitik ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten einer grundlegenden Neuordnung unterworfen worden, bei der die Stadt und vor allem der „Sozialraum“ im Stadtteil als zentrale Handlungsebenen der Integrationspolitik konzipiert wurden: „Integration findet vor Ort statt“ lautet einer der entsprechenden Leitsätze der neuen politischen Strategien. Der Beitrag analysiert diesen Paradigmenwechsel aus gouvernementalitätsanalytischer Perspektive am Beispiel der Integrationskonzepte der 20 größten Städte Deutschlands und stellt ihn in einen Zusammenhang mit übergeordneten Prozessen einer Neoliberalisierung des Städtischen.

Schlüsselwörter: Migration, Integration, Vielfalt, Neoliberalisierung, Stadtpolitik

City Strategies on Diversity and Integration under Neoliberal Conditions Strategic Management of Integration in Major German Cities

Policies of integration have been reinvented and rescaled in Germany over the last decades. Cities and neighborhoods have been discussed as important spaces of intervention: “Integration is local” is one of the slogans of this discourse. The paper discusses this new paradigm in terms of governmentality drawing on insights from integration strategies in Germany’s 20 largest cities. It relates this policy change to the more general changes in urban policy and rationality that have been discussed as the neoliberal re-ordering of cities.

Keywords: Migration, Integration, Diversity, Neoliberalism, Urban Policy

1 Einleitung

Deutsche Großstädte beziehen sich in ihrer politischen Programmatik seit einigen Jahren immer offensiver auf ihre Migrationsbevölkerung. Sie stellen in folkloristischen Events, populärwissenschaftlichen Publikationen oder Ausstellungen die „kulturelle Vielfalt“ ihrer Stadtbevölkerung dar und erarbeiten neue politische Strategien zum Umgang mit jenen transnationalen Bewohner_innen, die Stadt immer schon geprägt haben. Sie distanzieren sich darin zunehmend explizit sowohl von einer Konzeption der Stadtgesellschaft, die sich auf (ethnisch)

Deutsche konzentriert und Migrant_innen als Fremde mit besonderem Regelungsbedarf auffasst, als auch von Stadtpolitiken, die diese Konzeption reproduzieren. Berliner, Hamburger oder Frankfurter Bürger_innen sind in dieser Anrufung nicht vornehmlich (ethnisch) Deutsche, sondern per se kulturell, religiös etc. „vielfältig“.

Diese positiv konnotierten Repräsentationen lassen sich als Zeichen eines Paradigmenwechsels städtischer Integrationspolitiken verstehen (Häußermann/Kaplan 2008). Wir gehen im Folgenden der Frage nach, ob und wie sich dieser Paradigmenwechsel in zentralen integrationspolitischen Dokumenten deutscher Großstädte voll-

zieht. Dabei werden vier zentrale Elemente des neuen integrationspolitischen Verständnisses identifizieren: Querschnittsorientierung, Potentialorientierung, Netzwerkorientierung und Sozialraumorientierung. Die veränderten Repräsentationen der „vielfältigen“ Stadtgesellschaft lassen sich anhand dieser Strategien – so unsere These – als Teil neoliberaler Rati-

onalitäten städtischen Regierens verstehen, die sowohl die Ordnung städtischer Verwaltungen verändert haben, als auch die Vorstellung dessen, was als geordnete Stadt zu gelten hat. Inhaltlich zeigt sich vor allem eine Verschiebung von essentiellen hin zu relationalen, auf Aktivierung und Produktivität zielenden Zuschreibungen an Migrationsbevölkerungen.

Tab. 1: Integrationspolitische Strategiepapiere der 20 größten Städte Deutschlands

Stadt (nach Größe)	Migrations- bevölkerung 2011 (in %)	Jahr	Titel	Seiten*
Berlin	23,9	2007	Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept	107
Hamburg	27,5	2007	Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern	61
München	33,2	2008	Interkulturelles Integrationskonzept – Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München	82
Köln	31,6	2011	Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft	74
Frankfurt a.M.	42,7	2011	Vielfalt bewegt Frankfurt. Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung	82
Stuttgart	38,6	2009	Stuttgarter Bündnis für Integration	89
Düsseldorf	32,5	2005	Gesamtstädtisches Integrationskonzept	21
Dortmund	28,2	2013	Elemente des Masterplan Integration der Stadt Dortmund (Ratsvorlagen seit 2006)	113
Essen	24,6	2007	Interkulturelle Orientierung in der Stadt Essen	240
Bremen	25,1	2008	Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen	22
Leipzig	7,9	2013	Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig	110
Dresden	7,5	2009	Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten	48
Hannover	29,4	2008	Lokaler Integrationsplan	113
Nürnberg	36,2	2004	Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg	32
Duisburg	30,1	2010	Das Duisburger Integrationskonzept	22
Bochum	22,9	2013	Integrationskonzept der Stadt Bochum – Grundlagen für die Integrationsarbeit	35
Wuppertal	32,1	2013	Wuppertaler Integrationskonzept – Von der Integration zur interkulturellen Stadtgesellschaft	14
Bonn	30,6	2009	Integrationskonzept der Stadt Bonn	39
Bielefeld	32,5	2010	Wir fördern Integration! Integrationskonzept für Bielefeld	68
Mannheim	35,7	2009	Ziele und Grundsätze der Mannheimer Integrationspolitik (Ratsvorlage)	8

* ohne Anhänge

Quellen: www.ergebnisse.zensus2011.de (Bevölkerungsstatistik); eigene Erhebungen

Grundlage der Argumentation ist eine systematische Auswertung strategischer integrationspolitischer Dokumente der 20 größten Städte Deutschlands (vgl. Tab. 1).¹ Die praktisch flächendeckende Einführung solcher Konzepte ist Zeichen für die Aufwertung, die das Politikfeld in den letzten Jahren erfahren hat. Sie sind häufig Resultat aufwändiger verwaltungsinterner Abstimmungsprozesse und öffentlicher Partizipationsforen und gelten als Voraussetzung strategisch gesteuerter Vernetzungen im Bereich der kommunalen Integrationsarbeit (Gesemann et al. 2012, 145f.).

Selbstverständlich sind Integrationskonzepte nicht mit der gesamten integrationspolitischen Praxis einer Kommune gleichzusetzen, denn diese hängt von strukturell-rechtlichen, demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab, die auch die Leistungskraft der Kommune selbst bestimmen (SVR 2012, 117ff.). Im Hinblick auf unsere Fragestellung nach den prägenden Rationalitäten der Regierung von Integration sind die Konzeptionen als Grundlage der strategischen Steuerung dieser Praxis aber einschlägig. Als Steuerungsinstrumente problematisieren sie das Verhältnis von Stadt, Stadtgesellschaft und Verwaltung in einer spezifischen Weise und formulieren dadurch implizit oder explizit Vorannahmen und Ziele der Integrationspolitik. Sie zeichnen ein Bild der „integrierten Stadt“, das sie zu erreichen suchen und signalisieren Handlungsbedarfe sowie Handlungsbereitschaft. Mithin verstehen wir solche Integrationskonzepte im Anschluss an Michel Foucault als politische „Programmierung“ und beziehen uns methodologisch auf entsprechende Programmanalysen, die herausarbeiten, welche Rationalitäten des Regierens in solchen Konzepten artikuliert werden (vgl. Übersicht bei Rose et al. 2006; Kessl/Krasmann 2005 und den Beitrag von Rosol in diesem Heft).

Gleichwohl ist quellenkritisch zu bedenken, dass kommunale Integrationskonzepte in einem programmatischen Spannungsfeld zwischen ihren Funktionen der politischen Steuerung und des Stadtmarketings produziert werden. Ihre flächendeckende Einführung lässt sich nicht ohne

Elemente des interkommunalen Wettbewerbs sowie das Selbstverständnis von Verwaltungen, eine unternehmerische Stadt im globalen Wettbewerb vertreten zu müssen, verstehen. Vor diesem Hintergrund dienen Integrationskonzepte nicht nur der strategischen Steuerung selbst, sondern haben auch die Funktion, die Vielfalt und Toleranz von Stadt und Stadtgesellschaft als Standortfaktor und entsprechende Politiken als Indikator einer modernen Verwaltung zu vermarkten.

2 Defizitorientierung städtischer Ausländer- und Integrationspolitik

Die Geschichte der kommunalen Integrationspolitik setzt in der Bundesrepublik in Folge der Krise des Gastarbeiterregimes ab den 1970er Jahren ein. Seit dieser Zeit wurden die Folgen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von Politik und Öffentlichkeit zunehmend als Problem diskutiert. Hintergrund war, dass die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften sank und die Zuwanderung trotz Anwerbestopp weiter zunahm. Da weiterhin das Selbstbild der Bundesrepublik als Nicht-Einwanderungsland mit ethnischer Identität bestimmend war, ließ sich die migrantische Bevölkerung unhinterfragt als different beschreiben und diese Differenz als defizitär und problematisch konnotieren. Entsprechend wurden die „ausländischen Mitbürger_innen“ vornehmlich als drohende Überforderung von Staat und Gesellschaft dargestellt (Lanz 2007, 81ff.). Diese defizitorientierte Grundausrichtung dominierte auch die deutsche Rezeption des Multikulturalismus und die spätere Debatte um das Zuwanderungsgesetz von 2005, indem der Integrationsbegriff fest mit einem essentialistischen Kulturbegriff verbunden wurde, der „eher desintegrierend *Wir* und die *Anderen*, die ‚Aufnahmegesellschaft‘ und die Einwandernden als homogene Kollektive zu definieren und fixieren versucht“ (Hess/Moser 2008, 13ff.; Hervorhebung im Original).

In den 1980er Jahren begannen erste Städte, sich von der bis dahin bundespolitisch geprägten

Ausländerpolitik zu lösen, den Umgang mit Migrationsbevölkerung als kommunale Aufgabe aufzufassen und entsprechend eigene integrationspolitische Programme zu entwickeln (Bahl et al. 2009). Auch in der dadurch entstandenen, heterogenen integrationspolitischen Landschaft setzte sich schnell eine Beschreibung der Migrationsbevölkerung als Sonderbelastung der kommunalen Sozialeinrichtungen und Siedlungsstrukturen durch (Hess/Moser 2008; Lanz 2007, 81ff.).

Von Beginn an wurde das „Ausländerproblem“ vor allem räumlich, und zwar als Problem der Städte und einzelner Stadtteile diskutiert. Denn die sozialräumliche Konzentration erhalte die Differenz der Zuwander_innen aufrecht und sei gleichzeitig Auslöser und Verstärker einer sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Verfallsdynamik (Lanz 2007, 69ff.; Ronneberger/Tsianos 2008, 142ff.). Genährt wurde die zugrundeliegende Angst vor dem „Ghetto“ (heute der „Parallelgesellschaft“) auch aus wissenschaftlichen Segregationsanalysen, die statistische Zusammenhänge zwischen Armut, Krankheit, schlechter Infrastruktur, hoher Fluktuation der Wohnbevölkerung und deviantem Verhalten untersuchten (Dangschat 2007, 36). Obwohl dieser Zusammenhang in der Bundesrepublik statistisch nie nachgewiesen werden konnte und später auch in seiner Tendenz zu räumlicher Stigmatisierung kritisiert wurde (Wacquant 2007; Yildiz 2008), verfestigte er sich in kommunalen Berichten zu einer Reihe von kausalen Annahmen über den Zusammenhang von Ausländeranteil und der sozioökonomischen Abwertung (oder zumindest blockierten Aufwertung) von Stadtteilen (Dangschat 2007, 36). Daraus abgeleitete Desegregationsmaßnahmen (bspw. sogenannte „Zuzugssperren“ oder Quotierungen für ganze Stadtgebiete, Quartiere oder einzelne Wohneinheiten) legitimierten sich zwar mit dem Ideal einer vermeintlich sozial gerechten Ordnung der Stadt. Ihr maßgeblicher Effekt war es aber, Migration und Differenz als problematisch zu markieren, und sie fungieren letztlich als Substitut für rassistische Diskurse (Münch 2010, 290; Ronneberger/Tsianos 2008,

148ff.). Obgleich Zuzugssperren immer juristisch umstritten waren und seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr umgesetzt wurden, prägt die zugrundeliegende Logik bis heute städtische Integrationsdiskurse und Interventionen (Münch 2010, 336ff.) und wird erst seit Ende der 1990er Jahre auch in der Praxis zunehmend infrage gestellt (Rodatz 2012).

3 Aktuelle integrationspolitische Strategien in deutschen Großstädten

Gegenwärtig versteht sich Deutschland als „Integrationsland“ (Bommes 2008, 8). Das deutsche Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht gilt zwar weiterhin als restriktiv. Doch mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 wurde der prinzipielle Grundsatz der Abwehr von Zuwanderung überwunden, was sich insbesondere im Umgang mit der bestehenden Migrationsbevölkerung auswirkte. Integrationspolitik wurde dabei ausdifferenziert, symbolisch aufgewertet und eine Systematisierung durch bundes- und landespolitische Initiativen angestrebt (Gesemann 2006, 231; Bommes 2008, 172). Gleichzeitig werden nicht mehr der Nationalstaat, sondern die Stadt und vor allem der „Sozialraum“ im Stadtteil als entscheidende Handlungsebenen der Integrationspolitik angesehen (bspw. Bundesregierung 2007; vgl. Bommes 2008).

Wir diskutieren im Folgenden, ob und in welcher Form diese in Folge der bundespolitischen Reformen angeregte Neuausrichtung der Integrationspolitik auch auf der programmatischen Ebene politischer Konzepte der Kommunen aufgegriffen wird. Grundlage ist die Analyse von Integrations- und Vielfaltskonzepten deutscher Großstädte. Im Jahr 2009 besaßen etwas mehr als 50 % der Städte mit mehr als 100.000 Einwohner_innen solche Konzepte (Gesemann/Roth 2009, 17). Nach eigenen Erhebungen verfügen 2013 bereits alle 20 größten Städte Deutschlands über zentrale kommunalpolitische Strategiepapiere in Form von Integrations- und/oder Diversitätskonzepten oder haben diese als Ratsvorlagen entwickelt (vgl. Tab. 1), so dass

wir von einer stark zugenommenen Verbreitung solcher Konzepte in deutschen Großstädten ausgehen können.

Eine Inhaltsanalyse der Konzepte zeigt, dass die Städte die angeregte Aufwertung von Integrationspolitik als kommunaler Aufgabe wahrnehmen, aber in unterschiedlicher Weise programmatisch ausgestaltet. Dies betrifft sowohl die Auswahl von Handlungsfeldern als auch deren Bezeichnung und inhaltliche Füllung. Bei aller hierbei zum Ausdruck kommenden Heterogenität lassen sich aber vier Strategien identifizieren, die als hegemonial angesehen werden können, weil sie in nahezu allen Konzepten verfolgt werden: Querschnittsorientierung, Potentialorientierung, Netzwerkorientierung sowie Sozialraumorientierung.

3.1 Integration als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe

Integrationspolitik ist in den vergangenen Jahren in fast allen deutschen Großstädten zu einer zentralen kommunalpolitischen Aufgabe avanciert, der große Bedeutung für die zukünftige Stadtentwicklung beigemessen wird. Dies kommt in der Tatsache der Erarbeitung solcher Strategiepapiere selbst zum Ausdruck sowie in der hohen Verankerung von Integrationspolitik in der intrakommunalen Hierarchie von Themen:

„Integration muss Chefsache werden. [...] Dieser Aufgabe stelle ich mich als Oberbürgermeister, möchte jedoch in Hannover die ganze Stadt in die Arbeit einbeziehen. Integration muss Chefsache im Rathaus, aber Stadtsache in ganz Hannover sein.“ (Stadt Hannover 2008, 4)

Die Auffassung von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe wird aus der zentralen gesellschaftlichen Rolle abgeleitet, die Integration zukomme. Bereits hierin wird eine Abkehr von der bis dahin dominierenden Defizitorientierung deutlich:

„Integration verwirklicht sich in den gesellschaftlichen Dimensionen der Wirtschaft, des Sozialen, des Rechts, der Kultur und der Politik, vernetzt Menschen und Institutionen formell und informell und ist Bestandteil

sozialer Handlungsfelder. [...] Da [sie] strukturell, institutionell und thematisch-inhaltlich eine Querschnittsaufgabe ist, ist sie in der gesamten Breite und Tiefe der Stadtgesellschaft und ihrer Institutionen zu gestalten.“ (Stadt Duisburg 2010, 6)

Aus diesem gesellschaftlich zentralen Stellenwert von Integration leiten ausnahmslos alle untersuchten Städte ab, dass Integration zu einem zentralen Ziel allen kommunalen Handelns werden müsse:

„Integrationspolitik ist ebenso wie die Gleichstellungspolitik eine kommunale Querschnittsaufgabe – von der Jugendhilfe bis zur Altenhilfe, im Sozial- und Gesundheitssektor, in der schulischen und beruflichen Bildung, bei der Polizei und in der Kulturarbeit – und kein Spezialthema bestimmter Ressorts.“ (Stadt Stuttgart 2009, 57)

Als entscheidend wird mithin die Steuerung dieser Querschnittsaufgabe aufgefasst. Sie soll durch eine Kopplung von Integrationspolitik an neue Steuerungsmodelle der Verwaltung erreicht werden. Diese kommt insbesondere in der Implementierung von Integrationsmanagementsystemen zum Ausdruck, mit denen die Integrationspolitik durch Monitoring überwacht und die Umsetzung der Steuerungsziele aus den Konzepten durch Evaluationen überprüft werden soll (vgl. Gestring 2011; Dahme/Wohlfahrt 2009).

3.2 Migration und Migrationsbevölkerung als Potential städtischer Entwicklung

Zentrales Charakteristikum der gegenwärtigen kommunalen Integrationspolitik ist eine Abkehr vom defizitorientierten Denken. Die Mehrzahl der Städte verbindet ihre integrationspolitischen Zielstellungen mit dem Verweis auf die Potentiale, die eine (gelungene) Integration bzw. kulturelle Vielfalt für Städte bieten würden. Solche Potentiale werden vornehmlich für die ökonomische Basis der Stadt gesehen. Dabei werden Migrant_innen Eigenschaften zugeschrieben, die im aktuellen gesamtgesellschaftlichen Diskurs als zentrale Bedingung für ökonomischen und unternehmerischen Erfolg gelten und die innerhalb des Migrationsdiskurses eine funda-

mentale Abkehr von den problematisierenden Konnotationen der jüngeren Vergangenheit darstellen:

„Migranten sind ein Motor für die Stadtentwicklung. Damit ihre Potenziale – Innovation, Kreativität und Unternehmergeist – für die Gesellschaft als Ganzes nutzbar gemacht werden können, bedarf es seitens der Aufnahmegesellschaft einer Willkommenskultur, einer Politik der Anerkennung der kulturellen Vielfalt, verbunden mit Strategien zur Förderung der Potenziale und Kompetenzen der Einwanderer als der ‚neuen Stuttgarter‘.“ (Stadt Stuttgart 2009, 5)

Hier wird deutlich, dass sich mit dem Paradigmenwechsel ein Wandel in der Legitimation von Integrationspolitik vollzieht. Der Handlungsbedarf für politische Interventionen wird nicht mehr – wie in der klassischen Sozialpolitik – aus der Zuschreibung von Defiziten oder bestehenden Benachteiligungen der Migrationsbevölkerung abgeleitet, sondern aus der Nützlichkeit für die Entwicklung der Stadt (vgl. Dzudzek 2012). Defizite und Benachteiligungen geraten dann als Hindernis einer Entfaltung der Potentiale in den Fokus: „Integrationspolitik heißt daher im Kern Herstellung von Chancengleichheit“ (Stadt Berlin 2007, 3). Mit dem paradigmatischen Wandel der Integrationspolitik geht insofern eine veränderte Konzeption von Migrant_innen einher, die nicht mehr nur als problematische oder defizitäre Empfänger_innen staatlicher Hilfe aufgefasst werden, sondern von denen die Inwertsetzung ihrer Potentiale offensiv eingefordert wird: „Von den Eingewanderten wird erwartet, dass sie sich mit ihren Fähigkeiten und Potenzialen für ihre Teilhabe einsetzen“. (Stadt Hannover 2008, 9)

3.3 Netzwerkorientierung

In der Potentialorientierung offenbart sich nicht nur eine Politik des „Förderns und Forderns“. Vielmehr verweist sie auch auf ein gewandeltes Selbstverständnis der Kommunen, die im Zusammenhang mit einem allgemeinen Wandel von Government zu Governance zu sehen ist, auf den später noch genauer eingegangen wird. So verstehen sich Kommunen auch im Politikfeld Integration zunehmend als Moderatorinnen in-

tegrationspolitischer Maßnahmen und verlagern ihre Verantwortung – in diesem Fall für die Teilhabemöglichkeiten von Migrant_innen – in die Zivilgesellschaft. Werkzeug ist der Aufbau integrationspolitischer Netzwerke:

„In der Praxis bedeutet dies unter anderem, Migrantenorganisationen – so wie die Institutionen, Organisationen, Vereine und Initiativen aus der Regelinfrastruktur einer Kommune – bei jedem Thema, das bearbeitet werden soll, anzusprechen und soweit möglich zusammenzubringen. Sie sind an der gemeinsamen Bearbeitung zu beteiligen, dabei zu unterstützen und zu fördern. Das Engagement und die Bereitschaft der Migrantenorganisationen, sich einzubringen, mitzuwirken und Brücken zu schlagen erweisen sich im realen Leben als ein großes Potential.“ (Stadt Wuppertal 2013, 13)

Dadurch werden zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Organisationen gestärkt, explizit auch migrantische Organisationen und religiöse Zuwanderergemeinden, denen also auch in dieser Hinsicht ein großes „Potential“ zugeschrieben wird. Durch eine solche Netzwerkorientierung werden auch Forderungen nach Partizipation und Anerkennung verwirklicht, die von Migrantenorganisationen bereits seit langem formuliert wurden (Roth 2009).

3.4 Sozialraumbezug potentialorientierter Integrationspolitik

Die potentialorientierte Integrationspolitik ist zutiefst raumbezogen. Dies wird in der zentralen Rolle deutlich, die dem Sozialraum bzw. dem Quartier als Ort integrationspolitischer Netzwerke zugewiesen wird. So fordert die Mehrzahl der untersuchten Integrationskonzepte, dass politische Interventionen räumlich differenziert zu erfolgen hätten, da Städte und Stadtteile als Motoren der Integration fungierten:

„Der stadträumlichen Integration von Migrant/-innen kommt in der kommunalen Integrationspolitik eine wachsende Bedeutung zu. [...] Integrationsprozesse laufen vorwiegend im Wohnumfeld der Zuwanderer ab. Somit haben die Gegebenheiten im Sozialraum unmittelbare Auswirkungen auf den Erfolg oder Misserfolg ihrer Integration.“ (Stadt Leipzig 2013, 61)

Auch wird raumorientierte Integrationspolitik mit dem in Grundgesetz und Raumordnungsgesetz (von 1965) verankerten Grundsatz der Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen gerechtfertigt: „Dies fordert einen Planungsansatz, der darauf gerichtet ist, die konkreten Lebenslagen im Stadtteil für alle Bewohnerinnen und Bewohner so zu gestalten, zu fördern oder zu verändern, dass sie sich einander weitgehend angleichen.“ (Stadt München 2008, 14). Dementsprechend verknüpfen die Kommunen ihre Integrationspolitik strategisch mit quartiersbezogenen Maßnahmen und Programmen zur Entwicklung „benachteiligter Stadtteile“, bspw. dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (vgl. Häußermann/Kaplan 2008, 39).

4 Diversitätsbezogene Stadtpolitik im Neoliberalismus

Wie die Analyse der strategischen integrationspolitischen Dokumente deutscher Großstädte zeigt, können stadtübergreifend ähnliche Trends in der Ausrichtung von kommunaler Integrationspolitik festgestellt werden. Damit lässt sich zunächst der These einer zunehmenden Konvergenz kommunaler Integrationspolitiken folgen (Filsinger 2009, 287; Gestring 2011, 262). Unsere Untersuchung zeigt nun, dass bei aller Differenz bspw. im grundlegenden Narrativ („Vielfalt“, „Interkultur“, „Integration“) bzw. der „Philosophie“ von Integrationskonzepten (vgl. Gesemann et al. 2012, 146) sich diese Konvergenz vor allem in den vier identifizierten Strategien äußert. Im Folgenden beziehen wir diese Strategien zunächst auf übergeordnete Neuordnungsprozesse des Städtischen, die für die Bundesrepublik, aber auch als globalisierte Merkmale urbaner Politiken beschrieben worden sind. Ziel ist es, die diskursive Verankerung der strategischen Steuerung von Integrationsprozessen in neoliberalen Rationalitäten herauszuarbeiten. In einem zweiten Schritt bieten wir unter Verweis auf Arbeiten zu *urban policy mobilities* in anderen Politikfeldern eine Erklärung für die beschriebene Konvergenz der Strategien an, die

sich zunehmend als *urban integration policy mobilities* zeigen.

4.1 Strategische Steuerung im Neoliberalismus

Die in den Integrationskonzepten artikulierten Strategien – Querschnitts-, Potential-, Netzwerk- und Sozialraumorientierung – lassen sich nicht ohne die Veränderungen in der Organisation von Verwaltungshandeln im Allgemeinen verstehen. Schon der Prozess der Konzepterstellung selbst und die Verbindung der Integrationskonzepte mit Werkzeugen des Monitoring und der Evaluation verweisen darauf, dass Integrationspolitik mit neuen Steuerungsmodellen verknüpft wird – Kommunen sind angehalten, „Integration im Design moderner Verwaltung zu praktizieren“ (Bommes 2008, 164). Während Bommes eine damit verbundene inhaltliche Neuausrichtung der Integrationspolitik verneint, bestätigt unsere Analyse, dass auch auf inhaltlicher Ebene ein substanzieller Wandel in der Integrationspolitik zu beobachten ist, in dessen Kern die Abwendung von der Defizitorientierung steht. Wir werden im Folgenden argumentieren, wie das „Design moderner Verwaltung“ maßgeblich zur Durchsetzung neuer inhaltlicher Strategien beigetragen hat. Der Übergang von Defizit- zu Potentialorientierung lässt sich dann auch nicht allein als Wandel im Politikfeld beschreiben, sondern als potentialorientierter Ausbau zu einer diversitätsbezogenen Stadtpolitik im Sinne eines Diversitäts-Mainstreaming verstehen.

So betreffen Querschnittsaufgabe, Netzwerkorientierung und Sozialraumbezug in hohem Maße die Organisation von Verwaltungshandeln und beinhalten die Frage politischer Steuerung. Diese Ebene wurde in der Literatur bislang als Umbau von Verwaltungsstrukturen zum „aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ diskutiert (Bommes 2009, 99). Denn den Kommunen ist damit eine neue Verantwortung für soziale Integration unter der Prämisse des „Forderns und Förderns“ zugesprochen worden, was auch in den Strategiepapieren zum Ausdruck kommt. Die Berechtigung zur Solidarität der

„Aufnahmegesellschaft“ wird grundsätzlich mit der Bedingung verknüpft, dass Migrant_innen sich um Integration bemühen, und erfolgt als Hilfe zur Selbsthilfe (bspw. Stadt Hamburg 2007, 9). In dieser staatlichen Perspektive wird die Unterscheidung zwischen Deutschen und Migrant_innen unwichtiger, denn „aktiviert“, d.h. ökonomisch produktiv werden, sollen alle (vgl. Bommes 2009, 99). Diese Veränderung verstärkt also den mit den zugewanderungsrechtlichen Veränderungen auf Bundesebene angestoßenen Prozess einer „Normalisierung“ des staatlichen Umgangs mit gesellschaftlichen Folgen von Migration. Deutlich wird das im Kontrast zur anfänglich vorgestellten Tradition städtischer Ausländer- und Integrationspolitiken. Seinerzeit galten die verweilenden Gastarbeiter_innen als Sonderbelastung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen. Damit wurden sie nicht nur rechtlich den als autochthone Deutsche begriffenen Bürger_innen der Stadt untergeordnet, sondern auch ihre wirtschaftliche Leistung wurde nicht politisch repräsentiert. Demgegenüber beinhaltet die Vorstellung einer Integrations- und Diversitätspolitik als Querschnittsaufgabe in Kombination mit der Logik eines „Förderns und Forderns“ eine politische Repräsentation, deren Demarkationslinie nicht entlang ethnisch-nationaler Kategorien, sondern in Begriffen der Leistungsfähigkeit verläuft.

Darüber hinaus wird an der Strategie der Netzwerkorientierung deutlich, dass der Paradigmenwechsel durch neue Formen der politischen Steuerung getragen wird, die das gesamte Feld der Stadtpolitik betreffen (vgl. bspw. den Überblick bei Fuller/Geddes 2008; Heeg/Rosol 2007; Beiträge von Belina et al. und Rosol in diesem Heft). In Abgrenzung zu hierarchischen Steuerungsmodellen (*urban government*) etabliert sich demnach seit den 1980er Jahren im Rückgriff auf Effizienz- und Innovationsargumente eine neue Arbeitsteilung des Regierens in Form strategisch gesteuerter, pluralistischer, horizontaler und netzwerkförmiger Abläufe (*urban governance*). In deren Mittelpunkt stehen Aushandlungsprozesse zwischen einer gestiegenen Anzahl von Akteuren, wobei zunehmend

zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure eingebunden werden. Der Strategie, Integrationspolitik netzwerkorientiert umzusetzen, liegt demnach die Idee einer politischen Steuerung durch strategische Konzeptionen und Monitoring ihrer Umsetzung zugrunde. Effiziente Steuerung in Governance-Netzwerken funktioniert „aus der Entfernung“ (Miller/Rose 1990). Sie setzt auf Selbstregierung durch strategische Anreize, bspw. durch die projektbezogene Förderung von freien Trägern, die wiederum auf die Aktivierung bestehender Ressourcen und Selbstintegration vor Ort abzielen sollen. Vor diesem Hintergrund repräsentieren Verwaltungen die Vielfalt der Stadtgesellschaft, begreifen Differenzen als Organisationsressourcen und fördern Selbstorganisation – alles andere gilt als unökonomisch (Rose 2000, 96f.).

Dieses „sich selbst Regieren lassen“ bedeutet aber keinesfalls, nicht zu regieren. Dies wird besonders an der (erneuten) Konjunktur der Sozialraumorientierung im Zuge des Paradigmenwechsels deutlich. Während die national bestimmte Gesellschaft im Übergang zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat als Gegenstand der Politik an Bedeutung verliert, werden kleinere Einheiten wie „Communities“, der „Sozialraum“ oder das „Quartier“ als Interventionsräume wichtiger (Kamleithner 2009; Rose 1996). Dabei kommen zwei einander überlagernde Dimensionen zum Tragen. Einerseits dienen raumbezogene Sicherheitspolitiken der Kontrolle zunehmend marginalisierter Stadträume und spezifischer (migrantischer) Bewohner_innen (bspw. Eick 2005; Wacquant 2007). In dieser Perspektive gelten bestimmte Communities – häufig muslimische – als Risiken (Rodatz/Scheuring 2011; Tezcan 2007; Tsianos 2013). Andererseits sollen Aktivierungs- und Responsibilisierungsstrategien die Bewohner_innen marginalisierter Stadtteile zur erfolgreichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Selbstführung bzw. Selbsteingliederung führen (bspw. Gutiérrez Rodríguez 2003; Lanz 2008). Dabei werden die Community oder „ethnische Netzwerke“ als zu nutzende Ressourcen konzipiert (bspw. Kamleithner 2009; Radtke/Stosić 2008).

Sozialraumbezogene Strategien eröffnen also ein Spannungsfeld in Bezug auf den Umgang mit migrantischen Vierteln. Zunächst ist zu beobachten, dass die Sozialraumorientierung einen potentialorientierten Fokus auf migrantische Viertel aufgreift. Dessen normativer Fluchtpunkt einer Minimierung staatlicher Interventionen durch Aktivierung von Selbstführungskräften tritt besonders deutlich in einer dezidiert ökonomischen Form zutage:

„Menschen mit Migrationshintergrund, die sich selbstständig machen, geben wichtige Impulse für die Entwicklung der Hamburger Wirtschaft. Sie fördern nicht nur die Angebotsvielfalt, sondern schaffen neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze und tragen dazu bei, Stadtteile zu stabilisieren und kulturell zu bereichern.“ (Stadt Hamburg 2007, 24)

Die stabilisierenden Effekte von unternehmerisch tätigen Migrant_innen werden aber nicht nur aufgrund ihrer ökonomischen Funktion erhofft, sondern auch aufgrund einer vermeintlichen Rolle von Migrantenökonomien für die „Community“ im Stadtteil. Sie fungierten als soziales und kulturelles Netzwerk und lassen sich daher mit der Forderung verknüpfen, Verantwortung zu stärken und somit einen für die Bewohner_innen verbindlichen Sozialraum zu schaffen, der auch als Schutzraum gegenüber gesellschaftlichen Ausgrenzungen zu dienen hat:

„Lokale und ethnische Ökonomie sind daneben ein wichtiger Baustein gegen Ausgrenzung, Marginalisierung, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und Armut. Umgekehrt wirken sie positiv im Sinne des sozialen Zusammenhaltes, schaffen Arbeitsplätze, Einkommen und auch Wertschätzung.“ (Stadt Köln 2011, 36)

In der Figur der „ethnischen“ Unternehmer_in und dem kulturalistischen Verständnis von Migrantenökonomien als solidarische „ethnische“ Netzwerke wird der Zusammenhang zwischen der neu entstehenden Legitimität migrantischer Viertel und der Veränderung der Handlungsmuster des Wohlfahrtsstaats offensichtlich. Überspitzt formuliert wird die Aufgabe des Staates, seinen Bürger_innen die gleichen Rechte (und damit auch eine gewisse Gleichheit) zu garantieren, aufgegeben – stattdessen sollen die von Ungleichheit Betroffenen sich selbst helfen (vgl. Lanz 2008, 111).

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Legitimierung dieses „sich selbst Helfens“ auf eine Rationalität des Regierens von Migration und Differenz in der Stadt hinweist, die sich grundsätzlich von den früheren Konzeptionen unterscheidet. Wie dargestellt, einte die unterschiedlichen Formen defizitorientierter Stadtpolitik insbesondere eine häufig rassistisch konnotierte Desegregationspolitik: Ziel der Politiken war eine sozial und „ethnisch“ integrierte Stadt; als Zeichen ihres drohenden Scheiterns wurden stets sichtbare migrantische Viertel als „Ausländerkonzentrationen“, „Ghetto“ oder „Parallelgesellschaften“ ausgemacht. Die Kritik an dieser Zielstellung der Politik wird jetzt zum Ausgangspunkt neuer Interventionsformen:

„Als Leitbild für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung galt bisher die ethnisch und sozial feingliederige Mischung der Haushalte. Mischung führt aber nicht zwangsläufig zu Integration, wie umgekehrt auch das kompakte Beieinanderwohnen von Menschen einheitlicher Herkunft nicht notwendig zu Desintegration führen muss.“ (Stadt Hannover 2008, 70)

Der programmatische Expert_innen-Diskurs, den die Verwendung der Konzeption von Migrantenökonomien in den städtischen Konzepten implizit oder explizit referenziert, wendet sich dezidiert gegen die Gleichsetzung von Segregation mit einem Zeichen gescheiterter Einwandererstädte (bspw. Verbundpartner ZiS 2005, 18f.). Wie auch im programmatischen Slogan „Integration trotz Segregation“ (ebd., 19) zum Ausdruck kommt, wird Segregation dann als Raum der Entfaltung lokaler Vergemeinschaftung konzipiert, dessen Effekte für eine ressourcenorientierte Integrationspolitik nutzbar gemacht werden könnten. Segregation sei in der Lage, Netzwerke zu fördern und die soziale, ökonomische und kulturelle Integration in lokale Gemeinschaften zu erleichtern. In dieser Vorstellung gelten migrantische Gemeinschaften als Ordnungspotential, das für soziale, kulturelle und politische Partizipation nutzbar gemacht werden kann (bspw. Özer/Knabe 2009; Roth 2009). Entsprechende Empfehlungen greifen sozialwissenschaftliche Konzeptionen auf, die Ethnizität nicht mehr als essentielles Gruppenmerkmal verstehen, sondern als so-

ziale (transnationale) Netzwerke oder (trans-) kulturelle Praktiken auffassen (bspw. Hillmann 2011; Pütz 2003; Yildiz/Mattauch 2009). In letzter Konsequenz gelten raumordnungspolitische Eingriffe mit dem Ziel der Desegregation in entsprechenden Konzeptionen als schädlich. Interventionen seien vielmehr auf die Stärkung bestimmter (produktiver) Formen der Segregation und ihrer Potentiale auszurichten (Fassmann 2002, 20).

Nicht alle von uns untersuchten Konzepte greifen diese Konzeption von Migrantenökonomien dezidiert auf – in 11 von 20 Konzepten wird sie aber zumindest referenziert. Unabhängig davon, ob die Konzeptionen die erhofften Funktionen für den Sozialraum ausbuchstabieren, steht fest, dass er allein durch die positive Konnotation von migrantischen Vierteln den älteren Ordnungsvorstellungen der integrierten Stadt zuwider läuft. Andererseits wird in der sozialräumlichen Dimension auch sichtbar, dass die Umsetzung des Paradigmenwechsels noch keine breite politische Basis hat bzw. diskursiv stark umkämpft ist. Trotz der weitestgehend einheitlichen Empfehlungen wird ein Ende der Desegregationspolitik nämlich häufig nach wie vor „gebetsmühlenartig abgelehnt“ (Häußermann/Kaplan 2008, 37; vgl. Gestring 2011, 267ff.) und, wie die hier untersuchten Integrationskonzepte zeigen, die Stadt der Vielfalt neben das Leitbild der gleichmäßig verteilten Migrationsbevölkerung gestellt: „Im Sinne einer sozial integrierten europäischen Stadt wird am Grundsatz der sozialräumlichen Mischung festgehalten.“ (Stadt München 2008, 16; Stadt Köln 2011, 14). Insofern bleiben auch defizitorientierte Problematisierungen als Legitimation sozialräumlicher Regulationen wie die Quotierung von Sozialwohnraum erhalten und werden durch einen Potentialdiskurs ergänzt.

Programmatisch stehen diese Deutungen von migrantischen Vierteln als einerseits produktiv (Migrantenökonomien, Community) und andererseits gefährlich (Parallelgesellschaften) nur vermeintlich im Widerspruch. Denn im Kern beider Problematisierungen steht die Vorstellung, dass sich soziale Netzwerke räumlich und

entlang ethnischer Kategorien entwickelten. Zum einen sollen migrantische Stadtbewohner_innen sich vernetzen und „ihre“ Netzwerke nutzen, um produktiv zu werden. Zum anderen konstituiert auch der Diskurs um „Parallelgesellschaften“ eine vermeintliche „Gemeinschaft“, besonders deutlich in Diskursen, die den Islam referenzieren. Aus gouvernementalitätstheoretischer Perspektive wird dabei eine vermeintliche „Gemeinschaft der Muslime“ in präventiver Absicht angerufen, sie wird erschaffen, damit sie Verantwortung übernimmt für „ihre“ extremistischen Auswüchse, damit sie Ordnung in „ihren“ Reihen schafft (Rodatz/Scheuring 2011, 185).

Positive wie negative sozialräumliche Repräsentationen von migrantischer Gemeinschaft lassen sich also grundsätzlich an Aktivierungs- und Empowermentstrategien der quartiersbezogenen Stadtteilentwicklung anschließen: Die Bewohner_innen der Stadtteile sollen selbst aktiv werden und „Verantwortung“ für ihre Lebenssituation übernehmen. Gefordert und gefördert wird dann, Teil einer sichtbaren lokalen Gemeinschaft zu sein, die zur „vielfältigen“ Wertschöpfungskette der Stadt beiträgt oder als unproduktiv oder nicht-vernetzter „anti-citizen“ (Rose 2000, 103) zur Gefahr für eben diese Wertschöpfungskette erklärt zu werden. Weil sich die Unterscheidung nicht auf essentialistische Merkmale von Migrant_innen, sondern auf ihr Verhalten bezieht, lassen sich die Figuren „gefährlicher“ oder zumindest „unproduktiver“ Communities funktional an den Potentialdiskurs anbinden – als Orte und Gemeinschaften, die Kontrolle und Disziplinierung ausgesetzt werden müssen, aber eben gleichzeitig Subjekte, die sich nur wieder richtig vernetzen müssen, die sich mit ein wenig Aktivierung selbst helfen könnten und deshalb nicht ausgeschlossen bleiben müssten – wenn sie es nicht wollen und bereit sind, ihre Chancen „richtig“ zu nutzen (Rose 2000, 103).

In der sozialräumlichen Dimension wird mithin besonders ein verbindendes Element der Stadt der Vielfalt und der neoliberalen Stadt deutlich: Dass potentialorientierte Konzeptionen politisch attraktiv werden, ist funktional

untrennbar mit der Etablierung der „unternehmerischen Stadt“ (Mayer 1990) verbunden, in der Vielfalt eine Ressource des Regierens wird. An die Stelle einer Utopie der Stadt, die durch Planung nach abstrakten (nationalstaatlichen) Kriterien geordnet wird, ist die Vorstellung getreten, die heterogenen (und damit auch trans- und post-nationalen) Ordnungspotentiale in der Stadt durch Management-Strategien nutzbar zu machen – als Traum einer Stadt, „that would almost govern itself“ (Rose 2000, 95).

4.2 Urban Integration Policy Mobilities

In der grundsätzlichen Kopplung von Integrations- und Vielfaltspolitik mit neoliberalen Rationalitäten decken sich unsere Ergebnisse nicht nur über die hier untersuchten Konzepte deutscher Großstädte hinweg, sondern auch mit den Ergebnissen von Arbeiten zu anderen nationalen Kontexten. Die Durchsetzung der beschriebenen Strategien lässt sich grundsätzlich mit vergleichenden Analysen und Politik-Empfehlungen belegen (siehe bspw. Eurofound 2013 im Hinblick auf Querschnitts- und Netzwerkorientierung: 11ff. und Potentialorientierung: 7ff.). Und einzelne Studien belegen auch die Bedeutung von Neoliberalisierungsprozessen für diese Entwicklung an anderen Orten (bspw. Catungal/Leslie 2009; Glick Schiller 2011; Valverde 2012). Allerdings ist auch für die internationale Diskussion festzustellen, dass diese Bedeutung – also die Frage nach den „neoliberal uses of ‚difference‘“ (Catungal/Leslie 2009, 701) – explizit bislang nicht ausreichend und auch selten vergleichend untersucht wird (vgl. Glick Schiller/Çağlar 2009; Glick Schiller 2011). Die Beschreibung globaler Ähnlichkeiten und der Verweis auf ihre neoliberalen Bezüge allein erklärt weder, wie sie zustande gekommen sind, noch welche lokalspezifischen Effekte sie hervorbringen (bspw. im Hinblick auf migrations- und integrationspolitische, nationale oder kommunale Traditionen; Glick Schiller 2011, 217ff.). Auch hier gilt, was Aiwa Ong einmal an einer Reihe von Analysen des Neoliberalismus

kritisiert hat: Es handelt sich bei „neoliberalen“ Politiken nicht um Anzeichen eines „ökonomischen Tsunami“, dessen Erscheinen und Wirkungskraft selbsterklärend ist. Es gelte, Neoliberalismus nicht als System, sondern als ein „migratory set of practices“ zu verstehen und zu beschreiben, „how its flows articulate diverse situations and participate in mutating configurations of possibility“ (Ong 2007, 4). Wir möchten abschließend den Vorschlag machen, diesbezüglich an Arbeiten anzuschließen, die sich unter dem Konzept der *urban policy mobilities* zusammenfassen lassen (vgl. Beitrag von Silomon-Pflug et al. in diesem Heft). Wir beziehen diese Debatte auf die hier analysierten Integrationskonzepte, um die Konvergenz der vier herausgearbeiteten Strategien zu plausibilisieren und ihre (internationale) Genese anzudeuten. Wir können das hier aus Platzgründen nur cursorisch entwickeln, verweisen aber auf unsere noch nicht publizierten Arbeiten zum Fallbeispiel Frankfurt am Main, die die hier vorgestellten Thesen bislang bestätigen.

Die Konvergenz der integrationspolitischen Strategien ist zunächst auf die beschriebenen rechtlichen und politischen Veränderungen auf Bundesebene zurückzuführen. Darüber hinaus können wir konstatieren, dass auch Integrationskonzepte als *integration policy mobilities* zunehmend interkommunal ausgetauscht werden und dadurch Trends der Angleichung von Integrationspolitik befördert werden – dies gilt insbesondere national, zunehmend aber auch auf internationaler Ebene. Solche Prozesse der (globalen) Zirkulation von stadtpolitischen Wissen können mit Ansätzen der (urban) policy mobilities (vgl. z. B. McCann/Ward 2011; Peck/Theodore 2010) konzeptionell gefasst werden und wurden bereits an unterschiedlichen Politikfeldern empirisch rekonstruiert (Peyroux et al. 2012; Pütz et al. 2013). Die Arbeiten beobachten dabei politikfeldübergreifend eine Zunahme an Austauschmöglichkeiten unter Praktiker_innen und von Werkzeugen des interkommunalen Vergleichs. So wird die Vernetzung von kommunalen Akteuren der Stadtpolitik in epistemischen Gemeinschaften und der Austausch unter ihnen

auf nationalen wie internationalen Konferenzen als *globalizing microspaces* beschrieben. Eine zunehmende Bedeutung wird auch sogenannten *policy entrepreneurs* als kommunale Politikberater sowie interkommunal agierenden Standesorganisationen und Lobbygruppen, die Blaupausenkonzepte der Kommunalpolitik auflegen und zirkulieren, zugemessen. Auch transnationale Regierungsorganisationen wie die EU legen bspw. durch Förderprogramme gezielt Vergleiche von Politiken nahe, um intern einen Wettbewerb um „gute Politiken“ zu initiieren. Die Vergleichbarkeit wird durch Werkzeuge wie *city strategies*, die durch Monitoring und Evaluationen bemessen werden können, hergestellt, als erfolgreich geltende Politiken als *best practices* dargestellt. Durch Rankings von Stadtpolitik, die beispielsweise Vielfalt als Voraussetzung für Kreativität und ökonomischen Erfolg vergleichbar machen, wird der interkommunale Wettbewerb gestärkt, wodurch ebenfalls „erfolgreiche“ Politiken ausgestellt werden. Dies kulminiert teilweise in machtvollen geographischen Imaginationen in Form von Vorbildstädten, die als Referenz und Legitimation für die Implementation neuer stadtpolitischer Konzepte herangezogen werden (vgl. grundsätzlich McCann/Ward 2011; Peck/Theodore 2010 sowie die Übersicht bei Silomon-Pflug et al. in diesem Heft).

Auch im Feld der kommunalen Integrationspolitik finden sich für diese Faktoren zahlreiche Hinweise und Belege. So kommen aus der angewandten und wissenschaftlichen Forschung wichtige Impulse und Austauschansätze. Bestes Beispiel hierfür ist das Praxisforschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“, das die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und anderen Institutionen und unter Beteiligung von acht der 20 hier untersuchten Städte zwischen 2004 und 2007 durchgeführt hat (vgl. Verbundpartner ZiS 2005). Dies spiegelt sich auch in gutachterlichen Stellungnahmen oder angewandten Forschungen, die den Grad der Implementation von Handlungsempfehlungen messen (bspw. Häußermann/Siebel 2001, Gesemann et al. 2012). Generell kann konstatiert

werden, dass die deutsche Migrationsforschung ihre Erkenntnisse erfolgreich in den politischen Prozess der Reorganisation des Politikfeldes eingebracht hat (bspw. Filsinger 2009; Häußermann/Kapghan 2008; Roth 2009).

Für die Etablierung wesentlicher Elemente des neuen Steuerungsmodells im Bereich der kommunalen Integrationspolitik hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement eine wesentliche Rolle gespielt (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2009; KGSt 2005). Als ein weiterer zentraler *policy entrepreneur* lässt sich die Bertelsmann Stiftung identifizieren, die bspw. mit dem bundesweiten Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern wesentliche Impulse zur Implementation von „Strategien kommunaler Integrationspolitik“ gesetzt hat (BMI/Bertelsmann Stiftung 2005). Die Bertelsmann Stiftung gehört auch dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) an, der auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der Volkswagen Stiftung zurückgeht und in seinem Jahresgutachten 2012 die Rolle von Kommunen im föderalen System untersucht und Policy Empfehlungen gegeben hatte – unter anderem die Aufforderung an Verwaltungen, sich mit gleich gelagerten Kommunen auszutauschen und diesen Transfer durch die Gründung einer zentralen „Serviceagentur für kommunale Integrationsfragen“ oder andere Netzwerke bzw. Plattformen zum Austausch zu verstetigen (SVR 2012, 169). Solche Plattformen bestehen zum Teil bereits – nicht zuletzt mit dem Deutschen Städtetag, der als kommunaler Spitzenverband regelmäßig Austauschforen zu erfolgreichen Politiken im Bereich der Integrationsarbeit veranstaltet und daraus auch Handreichungen entwickelt (DST 2007). Im Kontext des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ war unter dem Motto „Voneinander lernen für eine gute stadträumliche Integrationspolitik“ bspw. ein Austauschforum in Form eines Sozialen Netzwerks initiiert worden (Schader Stiftung 2013). Die KGSt hatte zur Vertiefung der Vernetzung einen regelmäßig tagenden „Innovationszirkel“

initiiert, der später in den von der Stadt Stuttgart koordinierten „Kommunalen Qualitätszirkel zur Integrationspolitik“ unter Beteiligung von 30 Städten und Landkreisen übergegangen ist (Stadt Stuttgart 2013). Der „Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt“ aus dem Umfeld der Deutschen UNESCO-Kommission stellte seinen 4. Fachkongress 2012 unter das Motto „DiverCITY. Realitäten_Konzepte_Kulturen“ und bezog somit die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt „auf die kommunale Praxis und die interkulturelle Öffnung der bestehenden Institutionen, Ämter und Träger der Jugend-, Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit“ (Initiativkreis 2014). Dies verweist auf die globalisierende Dimension solcher Austauschforen und Netzwerke, selbst wenn sie hauptsächlich eine nationale Vernetzung anstreben.

Als erfolgreich geltende Politiken werden aber auch ganz dezidiert international verbreitet. So fördert bspw. die EU maßgeblich den interkommunalen Austausch von integrationspolitischen Konzepten. Kommunalpolitisch als bedeutsam erweist sich hier z. B. das von der EU geförderte „European network of cities for local integration policies for migrants (CLIP)“, das es städtischen Verwaltungen erlauben soll „to learn from each other and to deliver a more effective integration policy“ (Eurofound 2013). Auch der Europarat fördert mit seinem gemeinsam mit der Europäischen Kommission initiierten Programm „Intercultural cities“ die Vernetzung und Verbreitung von guten Beispielen, mit dem Ziel, dass Städte „will be capable of managing and exploring the potential of their cultural diversity to stimulate creativity and innovation and thus generate economic prosperity and a better quality of life“ (COE 2013). Auf globaler Ebene sucht das „Cities of Migration“-Projekt durch „information sharing and learning exchange“ ganz ähnliche Ziele zu verwirklichen (Maytree Foundation 2013). Mit Workshops und Konferenzen für die Praxis schafft die Stiftung ganz dezidiert Orte und Anlässe des Austausches, die als *globalizing microspaces* städtischer Integrations- und Vielfaltspolitiken gelten können (2014 bspw. unter dem Titel „An Agenda for

Shared Prosperity“ in Berlin mit einem „mayors panel“ mit dem Hamburger Oberbürgermeister und der Kopenhagener Bürgermeisterin für Arbeit und Integration; Maytree Foundation 2014). Die Maytree-Foundation liefert auch ein gutes Beispiel dafür, wie geographische Imaginationen besonders erfolgreicher Städte helfen, Politiken global zu mobilisieren. Allen voran die kanadische Stadt Toronto gilt als Heimat kommunaler Strategien im Umgang mit „Diversity“, und wird als bestes Beispiel der Inwertsetzung von Vielfalt für die Stadtentwicklung und das internationale Branding der Stadt auch aktiv vermarktet (Maytree Foundation 2011).

5 Ausblick

Auf Basis einer Analyse der integrationspolitischen Strategiepapiere deutscher Großstädte sowie ihrer Kontextualisierung in übergeordnete Veränderungen der Stadtpolitik kann konstatiert werden: Der empirisch beobachtete Paradigmenwechsel sollte nicht als Wandel im Politikfeld kommunaler Integrationspolitik aufgefasst werden, sondern entwickelt sich durch Neuausrichtung und Ausweitung des Politikfeldes zur Querschnittsaufgabe zu einer integrations- und vielfaltsbezogenen Stadtpolitik. Diese Neuausrichtung fasst Migration als Normalfall urbaner Differenz auf und geht mit einem tiefgreifenden inhaltlichen Wandel einher. Im Unterschied zur langjährig defizitorientierten Integrationspolitik entwerfen aktuelle Integrationskonzepte das Leitbild einer „Stadt der Vielfalt“ (wenn auch je nach Stadt unterschiedlich benannt und ausgearbeitet). Dieses Leitbild fasst Migration nicht mehr als (Integrations-)Problem, sondern als grundsätzlich zu nutzendes Potential der Städte auf.

Dieser Wandel ist sowohl hinsichtlich der Logik des Verwaltungshandelns als auch hinsichtlich der inhaltlichen Konzeption von Interventionen untrennbar mit den Neuordnungsprozessen verbunden, die sich mit dem Schlagwort der „unternehmerischen Stadt“ verbinden. Daran anschließend lässt sich der Bedarf für konkrete

Fallstudien formulieren, welche die vorgelegte Analyse programmatischer Konzepte zum Ausgangspunkt nehmen. Dabei würde es gelten, die hier grundsätzlich belegte Standardisierung und (internationale) Mobilisierung von Integrationspolitiken in unterschiedliche nationale und lokale Kontexte im Hinblick auf die dabei auftretenden Übersetzungseffekte zu untersuchen. Für die hier analysierten Integrationskonzepte wurde gezeigt, dass auf programmatischer Ebene Figuren und Interventionsformen defizitorientierter Integrationspolitiken mit den neuen, potentialorientierten Strategien funktional in Beziehung stehen. Prinzipiell bleibt aber offen, wie diese Beziehungen sich in der kommunalen Praxis ausbuchstabieren. Die konkrete Beziehung von Kategorien wie Ethnizität, Herkunft oder Religion auf die Anforderung der Produktivität ist in den Programmen nämlich meist unbestimmt. Ihre Funktion als Mittel der Aktivierung von Selbsteingliederung setzt zwar notwendigerweise die Möglichkeit voraus, dass traditionell defizitäre Zuschreibungen (bspw. der „türkischen Herkunft“ oder des „muslimischen Glaubens“) potentialorientiert gewendet werden können. Damit ist aber noch nicht klar, wie die Grenzziehung zwischen „produktiv“ und „unproduktiv“ in der situierten politischen Praxis konkret verläuft. Es ist zu vermuten, dass sie wesentlich von den konkreten Strukturen, Akteurskonstellationen und Konflikten vor Ort abhängt. Während den Stadtverwaltungen die Zuschreibung von Produktivität an die Arbeitsnomad_innen der Global Economy noch einfach ausfallen dürfte, wird es bei anderen „Gruppen“ nur undeutlich der Fall sein. Ob beispielsweise prekäre Formen lokaler „Migrantenökonomien“ als sichtbares Symbol für „Parallelgesellschaften“ oder als Potential für die Entwicklung des Stadtteils eingeschätzt werden, hängt entscheidend von der Zuschreibung eines passenden Entwicklungsbedarfes des konkreten Stadtteils ab und ist in Frankfurt sehr viel unwahrscheinlicher als bspw. in Berlin.

Dementsprechend ist der von uns auf der programmatischen Ebene konstatierte Zusammenhang von Integrationspolitik und neoliberalen Rationalitäten des Städtischen hinsichtlich

seiner lokalen Genese und seines praktischen sozialen und materiellen Lebens vor Ort erst noch zu untersuchen. Solche fallspezifischen Analysen müssten in der Lage sein, lokale (Re-)Produktionsbedingungen der Strategien des Paradigmenwechsels zu untersuchen und damit Varianzen in seiner praktischen Umsetzung erfassen zu können (vgl. Dölemeyer/Rodatz 2010). Dabei zeigen unsere Arbeiten in Frankfurt, dass neue Steuerungsmodelle, ressourcenorientierte Ansätze und das Ende einer desegregativen Sozialraumpolitik in der kommunalen Praxis umstritten sind und etablierte, defizitorientierte Kategorien und Praktiken häufig im Schutz von symbolischen Politiken im Namen der Vielfalt erhalten bleiben. Es lässt sich in der kommunalen Praxis folglich ein widersprüchliches Verhältnis von Expertendiskursen, Programmatiken und situierten Praktiken des städtischen Umgangs mit Migration vermuten, dessen Effekte erst noch herauszuarbeiten sind.

Literatur

- Bahl, E. et al. (2009): Tulbeck 12. Das Münchner Migrationsregime: eine unendliche Geschichte von Autonomie und Kontrolle. In: Bayer, N. et al. (Hrsg.): Crossing Munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus. München: Verlag Silke Schreiber, 60-65.
- Belina, B. et al. (2013): Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter – Zur Einleitung. In: Geographische Zeitschrift 101(3+4), 125-131.
- Bommes, M. (2008): „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Krüger-Potratz, M. (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten - Analysen - Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, 159-194.
- Bommes, M. (2009): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann, F. und Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 89-109.
- BMI und Bertelsmann Stiftung | Bundesministerium des Innern; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien

- kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - Neue Chancen. Stand Juli 2007. Berlin: Bundesregierung.
- Catungal, J.P. und Leslie, D. (2009): Contesting the creative city: Race, nation, multiculturalism. In: *Geoforum* 40(5), 701-704.
- COE | Council of Europe (2013): Intercultural cities: governance and policies for diverse communities. http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/culture/Cities/Default_en.asp (10.11.2013).
- Dahme, H.-J. und Wohlfahrt, N. (2009): Politische Steuerung in der Stadt. In: Gesemann, F. und Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 53-67.
- Dangschat, J. (2007): Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation. In: Dangschat, J. und Hamedinger, A. (Hrsg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 21-50.
- Dölemeyer, A. und Rodatz, M. (2010): Diskurse und die Welt der Ameisen. Foucault mit Latour lesen (und umgekehrt). In: Feustel, R. und Schochow, M. (Hrsg.): Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse. Bielefeld: transcript, 197-220.
- DST | Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2007): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/integration_2007.pdf (14.6.2013).
- Dzudzek, I. (2012): Wem gehören Kreativität und Vielfalt in Frankfurt am Main? In: AK Kritische Geographie (Hrsg.): Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?“-Netzwerk. Forum Humangeographie 9. Frankfurt a.M., 65-74.
- Eick, V. (2005): Neoliberaler Truppenaufmarsch? Nonprofits als Sicherheitsdienste in „benachteiligten“ Quartieren. In: Glasze, G. et al. (Hrsg.): Diskurs - Stadt - Kriminalität: Städtische (Un-) Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld: transcript, 167-201.
- Eurofound | European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Hrsg.) (2013): Building intercultural bridges in European cities. Lessons for local migrant integration policy. <http://www.eurofound.europa.eu/publications/2013/06/en/1/EF1306EN.pdf> (22.6.2013).
- Fassmann, H. (2002): Zuwanderung und Segregation. In: Kohlbacher, J. und Reeger, U. (Hrsg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt: Drava, 13-24.
- Filsinger, D. (2009): Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann, F. und Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 279-296.
- Fuller, C. und Geddes, M. (2008): Urban Governance under Neoliberalism. New Labour and the Restructuring of State-Space. In: *Antipode* 40(2), 252-282.
- Gesemann, F. (2006): Multikulturalismus, Parallelgesellschaften oder lokale Integration? In: Robert, R. und Konegen, N. (Hrsg.): Globalisierung und Lokalisierung. Zur Neubestimmung des Kommunalen in Deutschland. Münster: Waxmann, 231-251.
- Gesemann, F. und Roth, R. (2009): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland - einleitende Bemerkungen. In: Gesemann, F. und Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 11-29.
- Gesemann, F. et al. (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- Gestring, N. (2011): Kommunale Konzepte zur Integration von Migranten. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS, 257-274.
- Glick Schiller, N. (2011): Localized neoliberalism, multiculturalism and global religion: exploring the agency of migrants and city boosters. In: *Economy and Society* 40(2), 211-238.
- Glick Schiller, N. und Çağlar, A. (2009): Towards a comparative theory of locality in migration studies: migrant incorporation and city scale. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35(2), 177-202.

- Gutiérrez Rodríguez, E. (2003): Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Pieper, M. (Hrsg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault. Frankfurt a.M.: Campus, 161-178.
- Häußermann, H. und Kapphann, A. (2008): Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Bommers, M. et al. (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Frankfurt a.M.: Campus, 15-28.
- Häußermann, H. und Siebel, W. (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. www.schaderstiftung.de/docs/haeussermann_siebel_gutachten.pdf (17.7.2010).
- Heeg, S. und Rosol, M. (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 37(4), 491-510.
- Hess, S. und Moser, J. (2008): Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte. In: Hess, S. et al. (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 11-26.
- Hillmann, F. (Hrsg.) (2011): Marginale Urbanität: Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung. Bielefeld: transcript.
- Initiativkreis | Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt (2014): Kongress-Dokumentation 4. Bundesfachkongress interkulturell. DIVER-CITY. Realitäten_Konzepte_Visionen. Hamburg.
- Kamleithner, C. (2009): „Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Drilling, M. und Schnur, O. (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: VS, 29-47.
- Kessl, F. und Krasmann, S. (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Reutlinger, C. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS, 227-246.
- KGSt | Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.) (2005): Bericht: Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation (B 7/2005). Köln.
- Lanz, S. (2007): Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld: transcript.
- Lanz, S. (2008): In unternehmerische Subjekte investieren: Integrationskonzepte im Welfare-Staat. Das Beispiel Berlin. In: Hess, S. et al. (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 105-122.
- Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, R. et al. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel: Birkhäuser, 190-208.
- Maytree Foundation (2011): Toronto meets Germany in a four-city exchange of good integration ideas. www.maytree.com/immigrant-integration-practices-blog/toronto-meets-germany-in-a-four-city-exchange-of-good-integration-ideas.html (2.10.2012).
- Maytree Foundation (2013): Über Cities of Migration. www.citiesofmigration.ca/uber-cities-of-migration (2.12.2013).
- Maytree Foundation (2014): 2014 Cities of Migration Conference. <http://2014conference.citiesofmigration.ca/conference-program/program/> (15.2.2014).
- McCann, E. und Ward, K. (2011): Urban Assemblages. Territories, Relations, Practices, and Power. In: McCann, E. und Ward, K. (Hrsg.): Mobile Urbanism. Cities and policymaking in the global age. Minneapolis: University of Minnesota Press, xiii-xxxv.
- Miller, P. und Rose, N. (1990): Governing economic life. In: *Economy and Society* 17(3), 1-13.
- Münch, S. (2010): Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Ong, A. (2007): Neoliberalism as a mobile technology. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 32(1), 3-8.
- Özer, C. und Knabe E. (2009): Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/Beitraege/expertise-mo-kommunen-mozaik.pdf?__blob=publicationFile (14.6.2013).
- Peck, J. und Theodore, N. (2010): Mobilizing policy. Models, Methods, and Mutations. In: *Geoforum* 41(2), 169-174.
- Peyroux, E. et al. (2012): Business Improvement Districts (BIDs) – Internationalisation and Contextualisation of a „travelling concept“. In: Euro-

- pean Urban and Regional Studies 19(2), 111-120.
- Pütz, R. (2003): Culture and Entrepreneurship – Remarks on Transculturality as Practice. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 94(3), 554-563.
- Pütz, R. et al. (2013): Business Improvement Districts in Deutschland – Kontextualisierung einer „mobile policy“. In: Geographische Zeitschrift 101(2), 82-100.
- Radtke, F.-O. und Stosić, P. (2008): ‚Sozialraum‘ und ‚Netzwerke‘ – Semantiken kommunaler Integrationspolitik. In: Bommers, M. und Krüger-Potratz, M. (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, 77-112.
- Rodatz, M. (2012): Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth. A Journal on Civilisation 5(1), 70-103.
- Rodatz, M. und Scheuring, J. (2011): ‚Integration als Extremismusprävention‘. Rassistische Effekte der ‚wehrhaften Demokratie‘ bei der Konstruktion eines ‚islamischen Extremismus‘. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, 163-190.
- Ronneberger, K. und Tsianos, V. (2008): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Hess, S. et al. (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 137-152.
- Rose, N. (1996): The death of the social? Re-figuring the territory of government. In: Economy and Society 25(3), 327-356.
- Rose, N. (2000): Governing cities, governing citizens. In: Isin, E. (Hrsg.): Democracy, Citizenship and the Global City. London: Routledge, 95-109.
- Rose, N. et al. (2006): Governmentality. In: Annual Review of Law and Social Science 2, 83-104.
- Rosol, M. (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: Geographische Zeitschrift 101(3+4), 132-147.
- Roth, R. (2009): Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Gesemann, F. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 195-215.
- Schader Stiftung (2013): Praxisnetzwerk Zuwanderer in der Stadt. praxisnetzwerk.zuwanderer-in-der-stadt.de (20.11.2011).
- Silomon-Pflug, F. et al. (2013): Die unternehmerische Stadt als Gegenstand von Urban-Policy-Mobilities-Forschung: Kontextualisierung global verfügbarer Politikmodelle am Beispiel BID und PPP in Frankfurt am Main. In: Geographische Zeitschrift 101(3+4), 201-217.
- Stadt Berlin (2007): Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept. Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte. www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf?download.html (24.5.2013).
- Stadt Bielefeld (2010): Wir fördern Integration! Integrationskonzept für Bielefeld. Schriften zur Integration 2. www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/int/ipu/szi/ (24.5.2013).
- Stadt Bochum (2013): Integrationskonzept der Stadt Bochum. Grundlagen für die Integrationsarbeit. www.bochum.de/integrationskonzept (24.5.2013).
- Stadt Bonn (2009): Integrationskonzept der Stadt Bonn. www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergerdienste_online/buergerservice_a_z/01619/index.html?lang=de (24.5.2013).
- Stadt Bremen (2008): Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007-2011. www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?sid=bremen69.c.2641.de#Konzeption (24.5.2013).
- Stadt Dresden (2009): Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten. www.dresden.de/de/03/070/c_01.php (24.5.2013).
- Stadt Duisburg (2010): Das Duisburger Integrationskonzept. www.duisburg.de/vv/ob_5/ib_konzept.php#a5 (24.5.2013).
- Stadt Essen (2007): Interkulturelle Orientierung in der Stadt Essen. Band 2. Dritter Umsetzungsbericht 2002-2006. www.essen.de/de/Rathaus/Aemter/Ordner_0513/RAA/Interkulturelle_Orientierung.html (24.5.2013).
- Stadt Dortmund (2006): Masterplan Integration. Ergebnisse der Auftaktveranstaltung am 02. Juni 2006 und weiteres Vorgehen. Ratsvorlage. www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/internationales/miado/masterplanintegration/index.html (6.6.2013).
- Stadt Düsseldorf (2005): Gesamtstädtisches Integrationskonzept. www.duesseldorf.de/soziales/integration/index.shtml (24.5.2013).

- Stadt Frankfurt am Main (2011): Vielfalt bewegt Frankfurt. Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung. [www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3745&_ffmpar\[_id_inhalt\]=6158824](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3745&_ffmpar[_id_inhalt]=6158824) (24.5.2013).
- Stadt Hamburg (2007): Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern. www.hamburg.de/integration/service/115238/integrationskonzept.html (bis 2.2013).
- Stadt Hannover (2008): Lokaler Integrationsplan. www.hannover.de/index.php/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Zuwanderung/Der-Lokale-Integrationsplan (24.5.2013).
- Stadt Köln (2011): Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft. http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf-dezernat5/interkulturelles-referat/stk_integrationskonzept_2011_bf-12-.pdf (24.4.2013).
- Stadt Leipzig (2013): Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig. www.leipzig.de/migranten (24.5.2013).
- Stadt Mannheim (2009): Ziele und Grundsätze der Mannheimer Integrationspolitik. Beschlussvorlage. www.mannheim.de/stadt-gestalten/projekt-11-integrationskonzept (6.6.2013).
- Stadt München (2008): Interkulturelles Integrationskonzept. Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München. www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/Interkult/integrationspolitik.html (24.5.2013).
- Stadt Nürnberg (2004): Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg. www.nuernberg.de/internet/integration/integrationsprogramm.html (24.5.2013).
- Stadt Stuttgart (2009): Stuttgarter Bündnis für Integration. Fortschreibung 2009. www.stuttgart.de/item/show/234447/1/publ (24.5.2013).
- Stadt Stuttgart (2013): Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik. www.landeshauptstadt-stuttgart.com/en/item/show/385012/1 (4.10.2013).
- Stadt Wuppertal (2013): Wuppertaler Integrationskonzept. Von der Integration zur Interkulturellen Stadtgesellschaft. www.integration-in-wuppertal.de/de/aktuelles/presse-meldungen/10235010000003634.php?p=4,5 (24.5.2013).
- SVR | Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2012): Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Tezcan, L. (2007): Kultur, Gouvernementalität der Religion und der Integrationsdiskurs. In: Wohlrab-Sahr, M. (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Baden-Baden: Nomos, 51-75.
- Tsianos, V. (2013): Urbane Paniken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus. In: Gürsel, D. et al. (Hrsg.): Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: Edition Assemblage, 23-43.
- Valverde, M. (2012): *Everyday Law on the Street: City Governance in an Age of Diversity*. Chicago: University of Chicago Press.
- Verbundpartner ZiS | wyyw Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik (difu), InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (Hrsg.) (2005): *Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*. Darmstadt: Schader-Stiftung.
- Wacquant, L. (2007): Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: *Das Argument* 49(271), 399-409.
- Yildiz, E. (2008): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Von der hegemonialen Normalität zu den Niederungen des Alltags. In: Hess, S. et al. (Hrsg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript, 153-167.
- Yildiz, E. und Mattausch, B. (Hrsg.) (2009): *Urban recycling. Migration als Großstadt-Ressource*. Gütersloh: Bauverlag.
- Autoren
Prof. Dr. Robert Pütz, Institut für Humangeographie, Goethe Universität Frankfurt am Main, Grüneburgplatz 1, PEG, 60323 Frankfurt am Main, E-Mail: puetz@em.uni-frankfurt.de
Mathias Rodatz, Institut für Humangeographie, Goethe Universität Frankfurt am Main, Grüneburgplatz 1, PEG, 60323 Frankfurt am Main, E-Mail: rodatz@geo.uni-frankfurt.de

1 Wir danken Andre Mascarinas für seine Mitarbeit bei der Analyse der Konzepte.